

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
Herrn Stefan Spallek

- im Hause -

Stadtverordnete:
Hartmut Bohrer
Michael Göttenauer
Manuela Schon
Hendrik Seipel-Rotter

Wiesbaden, 7. Mai 2013

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN für die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 14. Mai 2013

Sachstand „Rufnummer 115“

Im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration wurde am 16. März 2010 von Seiten des Magistrats zur einheitlichen Servicenummer 115 auf einen Antrag der damaligen Fraktion Linke Liste berichtet, dass Wiesbaden aus Kostengründen seinerzeit keinen Beitritt zu dieser Servicenummer plane. Dies sei nur angezeigt, wenn die Pilotprojekte auch entsprechende Akzeptanz bei der Bevölkerung vorweisen könnten.

Mittlerweile nehmen 300 Kommunen deutschlandweit an dem Projekt teil, davon 115 alleine in Hessen. In unmittelbarer Umgebung sind Frankfurt, Hofheim, MTK, Offenbach und Mainz angeschlossen.

Seit 2010 hat sich das Angebot der Behördennummer deutlich erhöht. Bürgerinnen und Bürger können die Angebotsnummer in den beteiligten Kommunen vom Mobilfunknetz anrufen. Vom Festnetz aus ist die Nummer zum Ortstarif erreichbar und damit auf Grund der Flatrates in vielen Fällen kostenlos. Insgesamt können fast 25 Millionen Menschen bundesweit die „115“ für Fragen an die Verwaltung nutzen.

Mit Internettelefonie, Bild- und Schreibtelefon konnte beispielsweise die Barrierefreiheit deutlich erhöht werden, sodass mittlerweile auch Gehörlose bundesweit Anschluss finden.

Wiesbaden als Landeshauptstadt nimmt leider an dem Projekt nicht Teil.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) welche Erfahrungen andere Kommunen mit dieser Servicenummer gemacht haben;
- 2) mit welchen Kosten die Stadt Wiesbaden für einen Anschluss an diesen Service zu rechnen hätte;
- 3) ob sich durch den Anschluss lokal Entlastungen in Wiesbaden ergeben würden.

gez. Hendrik Seipel-Rotter
Stadtverordneter